

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 18 M., durch Boien bezogen monatlich 20 M., bei Postweg monatlich 21 M. Frei Haus, Erscheint wochentlich nachmittags, Einzelnummer 1 M., Geschäftsstelle: Markt Neuzug Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Sächsisches 4. Für unbediente Zustellungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)
Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg
(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)
Herausgeber Ludwig Vals.)
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 126.

Wittwoch, den 31. Mai 1922.

162. Jahrgang.

Die deutsche Antwort an die Reparationskommission.

Die gefährlichen „Strotzhaften“ Eisenbahnen am Rhein.
Alarmmeldungen aus Oberpfalzen.

Der Wortlaut der deutschen Note.

„Vertriebende“ Beurteilung innerhalb der R. A. Westf., 31. Mai. In der der Reparationskommission am 29. d. M. durch die deutsche Reparationskommission in Paris übergebenen Note wird folgendes ausgeführt:
Unter Bezugnahme auf ihre Note vom 9. Mai d. J. und die Besprechungen, welche in Paris stattgefunden haben, beehrt sich die deutsche Regierung, in der Anlage einen Plan über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches im Rechnungsjahre 1922 mitzuteilen.

Die Erhöhung der Einnahmen

gegenüber dem zur Zeit dem Deutschen Reichstag vorgelegten Haushaltsplan beruht auf einer erneuten Schätzung der deutschen Steuern einschließlich des Steuerkommissars unter Berücksichtigung des in letzter Zeit ermittelten Aufkommens des vorangehenden Jahres und der seit der letzten Schätzung fortgeschrittenen Gebenverwertung.

In den Ausgaben

wird folgendes bemerkt: Die Aufwände für die Betriebsverwaltungen sind beschränkt, für die Lebensmittelinverfügung sind für das Jahr 1922 nur noch 900 Millionen gegenüber 17,2 Milliarden Mark im Jahre 1921 vorgesehen. Im übrigen sind die Subventionen an Eisenbahnen, soweit es die Möglichkeit auf beherrschende Reichseisenbahnen und die Möglichkeit der Einstellung der Unterführungen zuläßt, weggefallen und beträchtliche Streichungen bei den Ausgaben-Anträgen vorgenommen. Auf diese Weise sind im Haushalt 1922 gegenüber 1921 Ausgaben im Betrage von 24,5 Milliarden Mark abgesetzt worden.

Bei dem außerordentlichen Hausbau der Allgemeinen Reichsverwaltung und des Betriebsverwaltungen sind gegenüber den Anträgen des Etats Ersparnisse in Höhe von mindestens drei Milliarden Mark in Aussicht genommen. Die Erzielung weiterer Ersparnisse innerhalb der Reichsverwaltung ist in die Wege geleitet.

Schwebende Schuld.

Die deutsche Regierung ist entschlossen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld nach Kräften zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer ausländischen Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Zeit verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag.
2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicher zu stellen, daß die Überschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezogen wird, und zwar entweder:
a) mit Hilfe von Eingängen, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Eingänge verfügbar sein sollten, oder
b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Verschuldung und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.

Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuersystems einbringen mit dem Ziele, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr, oder wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen 6 Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist als die bereits vorhandene und je bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Lieferfähigkeit.

Nachprüfung:

Auf der Grundlage des Schreibens, das die Reparationskommission am 21. März 1922 an den Reichstag gerichtet hat, erklärt sich die deutsche Regierung grundsätzlich mit den in diesem Schreiben vorgeschriebenen Nachprüfungen einverstanden. Sie geht dabei davon aus, daß diese Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antastet, den gerechten Gang der Verwaltung nicht stören und in die durch das Steuergeschehen geschaffenen Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen. Was die deutsche Regierung dem Garantienkomitee ohne Einschränkung alle gefälligen oder regulatorischen Bestimmungen mitteilen. Sie wird mit dem Garantienkomitee über die Maßnahmen

zur Anwendung der Steuern- und Tarifgesetzgebung ins Besondere treten und alle notwendigen Versicherungen zur Nachprüfung ihrer Ausführung gewähren.

Was die Ausgaben anlangt, so muß die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es in Deutschland bereits eine Kräftigung des Ausgabenbedarfs gibt, die dazu dient, Staatsüberforderungen zu verhüten. Sie ist bereit, die Wirksamkeit dieser Kräftigung, soweit er erforderlich, zu verifizieren. Die deutsche Regierung wird dem Garantienkomitee jede Möglichkeit geben, sich über die Wirksamkeit der gegebenen Kräftigung zu vergewissern.

Kapitalmarkt.

Mit Rücksicht auf die Arbeitsüberlastung der Reichsregierung ist es ihr bisher nicht möglich gewesen, die Frage neuer Vorschläge über Maßnahmen zur Kräftigung des Kapitalmarktes und zur Befähigung der Kapitalisten abzugeben zu klären. Sie ist aber mit der Reparationskommission dahin einig, daß alles getan werden muß, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

Sie wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Durchführung im Wege einer Anleihe oder inneren Anleihe zu erreichen. Im übrigen erklärt sich die deutsche Regierung bereit, über die Möglichkeiten einer Befähigung des Kapitalmarktes zu verhandeln. Die deutsche Regierung wird der Reparationskommission vor dem 30. Juni 1922 das Programm für die oben erwähnten Maßnahmen unterbreiten.

Autonomie der Reichsbank.

Die völlige Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung ist durch das Gesetz vom 26. Mai dieses Jahres hergestellt.

Statistik.

Die deutsche Regierung hat angeordnet, daß die statistischen Veröffentlichungen wieder auf der Basis der Vorkriegszeit erfolgen. Sie wird dem Garantienkomitee eine Aufschlüsselung über den gegenwärtigen Stand dieser Veröffentlichungen mitteilen und schlägt vor, die auf dem Gebiete der Statistik liegenden Fragen mit dem Garantienkomitee im einzelnen zu vereinbaren.

Bei Abgabe der vorstehenden Erklärung geht die deutsche Regierung davon aus, daß die Reparationskommission die in der Entscheidung vom 21. März 1922 beschriebenen Reparationsleistungen nunmehr für endgültig erklären wird.

Der Note beigefügt ist eine Uebersicht über die Neuregelung des Etats.

Paris, 31. Mai. Die Reparationskommission erklärte sich bei der Prüfung der deutschen Antwortnote von den Teilnehmern der Note, die das Gleichgewicht des deutschen Haushalts, die schwebende Schuld, die Einrichtung der Finanzkontrolle und die Maßnahmen gegen die Kapitalmarkt betreffen, durchaus befriedigt. Ferner erklärte die Reparationskommission, daß dagegen die Teile der Note, die die Stellung der Reichsbank und die inneren Statistiken betreffen, eine eigene Arbeit der Reichsregierung (d. h. ohne vorherigen Verhandlungen mit der Reparationskommission) darstellten. Diese Teile der Note werden von der Reparationskommission noch geprüft werden.

Auf Deutschlands Kosten.

Im englischen Oberhaus erklärte am Dienstag Lord Rylom im Namen der englischen Regierung, daß die jährlichen Kosten der Reparationskommission auf 700 000 Pfund Sterling veranschlagt werden, welche die deutsche Regierung direkt bezahlen. Der englische Vertreter in der Reparationskommission erhalte 7400 Pfund Sterling.

Die Ausichten für die internationale Anleihe.

Vorbereitung: ein englisch-französischer Schuldvertrag.

Paris, 31. Mai. Nach einer Meldung des „Deuget“ herrscht über die Frage der internationalen Anleihe ziemlich festbestimmte Meinung. Andererseits habe von keiner Unternehmung in London nicht die erwartete Unterstützung zurückerhalten. Morgen sehe auch keine Grundlage zu einem solchen amerikanischen Geschäft. Höchstens der polnische Botschafter, der Holland und die neutralen Länder vertritt, ist über die Ausichten ermutigt. Der „Reuvoir“ weiß über die Stimmung innerhalb des internationalen Anleihekomitees zu berichten, daß, solange eine französisch-englische Anleihe nicht vollkommen sei, die Aussicht für eine internationale Anleihe als außerordentlich gering betrachtet werden müßte; denn wenn Frankreich und England nicht in vollem Einvernehmen aufeinanderarbeiten,

Anzeigenpreis Der Sachwalter Wilhelm Sappmann 1 M. und der Vogelpalast Wilhelm Hellmann 6 M. Die laufende Monatsrechnung wird vom Bezugsnehmer mit den Anzeigen der deren Ausgabe mit 600 M. in Zahlung genommen. Hefengebühr 15 Btg. Porto besonders. Anzeigen in der Zeitung Nr. 11 Hef. Fernsprecher Nr. 100. Belegnummer nicht berechnen.

Skagerrak.

Heute vor sieben Jahren war es, als sich die beiden größten Flotten der Welt gegenüberstanden, als die junge deutsche Flotte das Märdchen der englischen Unbesiegbaren zur See geführte.

Am 31. Mai stießen deutsche Hochseeflotten vor, um gemeldete englische Flottenflotte südliche Norwegen zur See zu stellen. Das deutsche Aufklärungsgefechtsverband unter Admiral Götter, Schlachtkreuzer, elfte kleine Kreuzer und 20 Torpedobootflotillen, um 4.30 Uhr die Spitze des Feindes, vier kleine Kreuzer, die sofort nach Norden abdrehten. Bei der Verfolgung traf man 5.30 Uhr auf 6 feindliche Schlachtkreuzer, umgeben von einer Anzahl kleinerer Kreuzer und Zerstörer. Auf 13 Kilometer Entfernung wurde das Feuer eröffnet. Nach fünfminütiger Kannte griffen von Norden her 5 englische Kampfflotten der schweren Queen Elizabeth-Klasse ein, gleichzeitig kam unter Admiral Bechen das deutsche Geschwader mit 22 Minierschiffen, vielen kleinen Kreuzern und 80 Torpedobooten heran. Der Feind lief sofort mit erhöhter Fahrt nach Norden ab und jagte um unsere Spitze herum. Die deutsche Flotte drehte sofort nach Osten ab und lief dem Feind parallel auf die feindliche Flotte zu. Nach etwa einer halben Stunde tauchte von Norden her die englische Grand Fleet unter Admiral Jellicoe auf, 20 Einheitskampfschiffe mit einer Dutzend Schlachtkreuzern, vielen kleinen Kreuzern und vier Hottelien Torpedobooten. Unsere Spitze geriet in 2 Feuer, wurde auf Westkurs herumgefahren, gleichzeitig gingen die Torpedobootflotillen zum Nahangriff vor. In dreimaligem schnellen Angriff, der sich bis zur Dunkelheit hinzog, wurde der Feind nach Norden abgedrängt. Es fanden bis jetzt im Kampf: 25 englische Großkampfschiffe, 6 Schlachtkreuzer, 6 kleine Minierschiffe. Auf beiden Seiten dazu viele kleine Kreuzer, Zerstörer und Torpedobooten. Die Nacht sah die deutschen Kreuzer und Torpedobooten im Nahangriff gegen den Gegner, der gegen Morgen das Feld geräumt hatte, keine Verbunden und Schiffbrüchigen den deutschen Torpedobooten überlassen. Ein vom Kanal herbeigeschicktes englisches Einheitsgeschwader kam am Morgen des 1. Juni in Sicht der Aufklärungsflotte, drehte aber sofort nach Norden ab.

Dies ist in kurzen Strichen das Bild der Schlacht. Der Engländer verlor (amtlich zugegeben) 3 Schlachtkreuzer, 2 große 6 kleine Zerstörer, dazu je einwärtig je ein Einheitsgeschwader, 1 Panzerkreuzer, 1 K. Kreuzer, 5 Zerstörer, zusammen 11 Kampfeinheiten und 11 Zerstörer, im ganzen 172 880 Tonnen.

Die deutschen Verluste betragen mit 1 Schlachtkreuzer, 1 Minierschiff, 4 K. Kreuzern, 5 Torpedobooten, zusammen 6 Kampfeinheiten und 5 Torpedobooten, 60 720 Tonnen.

Die Behauptung Jellicoes, er hätte die fliehende deutsche Flotte bezwungen, vermag nicht überlegt er selbst durch seine amtliche Meldung seines Entsetzens in dem 300 Meilen vom Kampfschauplatz entfernten nördlichen Südpol von Scapa Flow bereits am 1. Juni. Die deutsche Flotte lief als Sieger auf dem Schicksal.

Es ist durch einen englischen Augenzeugen versucht worden, aus Skagerrak sich ein zweites Trafalgar herauszugammern, viele haben sich geglaubt, die meisten befähigt.

Die deutsche Flotte hat in Scapa Flow ihr Grab gefunden. Der Geist von Skagerrak aber lebt, in stiller Arbeit soll er die seelische Zerrüttung des Volkes niederzulegen. Der alte Seemannsmut der Flotten ist noch nicht gebrochen, er geht zu den besten Stützen unseres Volkes, die uns heute noch gebildet sind.

Eine Dreißig-Millionen-Griechenleihe.

Berlin, 31. Mai. Gehten ist hier eine Dreißig-Millionen-Griechenleihe aus Mitgliedern der Schwerindustrie (das bei Zinsen und Steuern) gegründet worden zu dem Zweck der Befreiung der Handelsbeziehungen mit Russland. Es der Gesellschaft sind Moskau und Berlin.

Des Trauerspiels letzter Akt.

Das oberösterreichische Abkommen angenommen. — Misstransendatum der Deutschenationalen in der Reparationsfrage.

Berlin, 30. Mai 1922.
Um 11 Uhr 15 Minuten wird die Sonder Sitzung des Reichstages, betreffend

das deutsch-polnische Abkommen über Oberösterreich eröffnet. Die Sitzung kennezeichnet sich, wie wir gestern berichtet, durch die Teilnahme von 100 Abgeordneten aus dem Reichstages, die sich in der Sitzung des Reichstages in der Saal hängt gegenüber dem Präsidentenplatz das weiß-rot-weiße Banner Österreichs mit dem schwarzen schiefen Adler von Trauerfarben umfärbt. Die erste Beratung wird ohne jede Aussprache erledigt. In zweiter Sitzung berichtet:

Abg. Goeplich (Dn.) über die Ausführungsverhandlungen. Die von der ersten differenzierte Sitzung der oberösterreichischen Frage sei von allen Parteien als ein Bruch des Friedensvertrages bezeichnet worden, gegen den feierlich Protest eingelegt worden ist. Der Ausschuss dankt den deutschen Unterhändlern in Wien, vor allem auch dem Leiter der Verhandlungen, dem schweizerischen Staatsmann Calonder. Der Redner betont, daß die Genfer Verhandlungen unter dem tragischen Zwang für Deutschland standen, im Interesse der deutschen Bevölkerung des losgerissenen Landes diesen deutsche Kraft und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zugutekommen zu lassen. Der Ausschuss ruit den Deutschen in dem jetzt polnisch gewordenen Gebiet zu:

Wacht in diesem Lande!

Nicht die großen Rechtsforderungen, die auch in mühseliger Arbeit gegeben worden sind! Stellt damit die Grundlage des kulturellen und wirtschaftlichen Aufstiegs in dem jetzt polnisch gewordenen Lande dar. Der Ausschuss empfiehlt die Annahme des Abkommens und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die polnische Regierung das Abkommen mit derselben Konnakt durchzuführen werde wie die deutsche. Der Redner schließt unter lebhaftem Beifall mit herzlichen Abschiedsworten an die von Deutschland losgerissene Bevölkerung, mit der Deutschland immer gefühlvoll verbunden bleiben werde. Besonderen Beifall erregte die von Dr. Schiffer in Wien und vom Reichstag ausgehende Reichsregierung gegen die Forderung Oberösterreichs zu wiederholen. (Beifall.)

Reichskommisär Dr. Schiffer

führt aus: Der Vertrag sei zwar kein vollkommenes Instrument, wie es überhaupt unmöglich ist, die dem deutschen Volkstempel durch Gewalt zugefügte Wunde durch juristische Mittelformen zu heilen.

Mit der Ratifizierung könne die Vergangenheit nicht ausgeräumt werden.

Diese Unterzeichnung bedeute keinen Schritt von unserer Reichsverwaltung. (Beifall.) Der Redner schildert noch einmal des Zustandekommens der Forderung und Leistung Oberösterreichs und sagt dazu: Ich weiß, daß diese Dinge hier nochmals besprochen, weil nicht Gras wachsen darf über all diese Dinge. Der Gedanke der Welterziehung und des Friedens darf nicht dazu benutzt werden, aus Unrecht Recht zu machen, darf nicht mißbraucht werden als Bedenken für traurige Gewalt! (Beifall.) Ich darf das sagen, weil ich in Wien gesetzt habe, daß ich kein Gewalt- und Katastrophenspieler bin. Ich habe die Verleumdungstheorie abgelehnt, denn Deutschland kann sich nicht den Luxus einer Willkür fortgeführten Neigungen und Feindschaften leisten. Wir rufen den von uns losgerissenen Volksgenossen zu: Glaubt eure Staatsangehörigen unter polnischer Regierung, aber unbeschadet eurer Willkür thut ihr euer deutsches Leben weiterführen, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in kultureller und idealer.

Arbeitet weiter, aber bleibt auch im fremden Lande gute Deutsche! (Beifall.)

Als einer der Abgeordneten, die durch die Forderung Oberösterreichs zu politischen Staatsbürgern werden, erklärt der Abg. Dörmann (Dn.) in Oberösterreich (Nrn.): Im Namen der deutschen Bevölkerung Oberösterreichs habe auch ich einige Worte des Abschieds zu sagen. Wir haben uns vaterländischen und aus Rechtsgefühl für Deutschland gestimmt.

Der Völkerverbund hat den Willen der deutschen Mehrheit mißachtet

und den lebendigen einheitlichen Organismus Oberösterreichs zerrissen. Über 400 000 deutsch fühlende Bewohner werden durch eine willkürlich gezogene Grenze zu politischen Staatsbürgern gemacht. Wir werden unsere Staatsbürgerschaft erfüllen, aber

unter deutsches Völkertum werden wir nicht aufgeben.

(Beifall.) Die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum kann uns kein Maßstab aus dem Herzen reißen. (Beifall.)

Abg. Dörmann (Dn.) erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Abkommen. Er schließt sich dem Protest gegen die Forderung oberösterreichischer Gebiete an und berichtet unter lebhaftem Beifall, daß auch die zu politischen Staatsbürgern gewordenen Oberösterreicher sich dem deutschen Volkstum und deutscher Kultur immer verbunden fühlen würden.

Abg. H. L. (Dn.) erklärt die Zustimmung für das Abkommen. Er rief wiederholt aber bei dieser Gelegenheit unseren entscheidenden Protest gegen die Forderung Oberösterreichs, die

juristisch ein Rechtsbruch, politisch ein Verbrechen, wirtschaftlich ein Verbrechen

ist. Reichstanzler Dr. Wirth spricht in kurzen Ausführungen den Dank der Reichsregierung aus für die Bereitwilligkeit der deutschen Abgeordneten der Reichstages den deutsch-polnischen Vertrag zu unterstützen. Er dankt besonders herzlich den Abgeordneten Zepewitz und der oberösterreichischen Bevölkerung. Ehre und Ruhm den Oberösterreichern, die für ihre heimatische Erde gelitten sind! (Beifall.)

Abg. Frau Sander (Unabh.) protestiert gegen die Forderung Oberösterreichs, die über Österreich wie über Deutschland verhängt worden ist. Als die Rednerin erklärt, ihre Partei bekämpfe den Imperialismus in allen Ländern, auch in Deutschland, kommt aus der Deutschen Volkspartei lauter Widerspruch. Als sie die frühere deutsche Regierung für die Schaffung des böhmischen Landes verantwortlich macht, verfallen die meisten Abgeordneten der Reichstages den Saal. Die Rednerin stimmt dem Abkommen zu, lehnt aber die Reichsverwaltung mit der Begründung ab, ihre Partei habe für ihren Protest ganz andere Worte. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Hertz (Dn.) lehnt den Vertrag aus grundsätzlichen Bedenken ab, nämlich der Reichsverwaltung der Reichstages zu und schließt unter lebhaftem Beifall der Reichstages mit der Versicherung, daß das deutsche Volk nicht zucken werde, bis der gesamte Teil des auf ewig ungeteilten und deutsch lebenden oberösterreichischen Landes wieder mit der deutschen Heimat vereinigt sei.

Abg. v. Hertz (Dn.) lehnt den Genfer Vertrag ab und schließt die von der Reichsregierung mit der Auforderung an die losgerissenen Oberösterreicher, sich zu bleiben im unbereitbaren Glauben an den Tag der Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande. (Beifall.)

Abg. Bohlmann (Dem.) wiederholt die feierliche Reichsregierung seiner Partei gegen die Entschädigung der Reichsregierung und dankt der losgerissenen Bevölkerung

für die Deutschland bewiesene Treue, die über die staatsbürgerliche Trennung hinaus dauern würde. Dem Vertrag stimmt der Redner zu.

Abg. Emminger (D. Vp.) gibt eine ähnliche Erklärung ab.

Abg. Bölle (Comm.) erklärt, den nationalpolitischen „Mummel“ nicht mitzumachen, worauf die meisten Abgeordneten der Reichstages unter Beifall den Saal verlassen. Der Redner lehnt den Genfer Vertrag ab, ebenso ab wie feierlich den Reichsvertrag.

Darauf wird das Abkommen in zweiter und dritter Beratung mit Zweidrittelmehrheit gegen die Rechte an die Kommunisten angenommen.

Präsident Goebbels führt an die Feststellung der Annahme Worte der Trauer über den Verlust Oberösterreichs, die von den Abgeordneten und Regierungsvertretern stehend angebracht werden. Zur die Kommunisten und Unabhängigen bleiben sitzen. — Der Präsident schließt: In der Gegenwart, in Tränen bereitet, Unbegreiflich möge die Treue haben und brüden sein. Unbegreiflich auch die Reichsregierung, die die deutsche Regierung gegen die Forderung Oberösterreichs eingelegt hat. (Beifall.)

Nach demotivierter Annahme der mit dem Vertrag zusammenhängenden Reichsabschlüssen wird gegen 12 Uhr die Vermittlung geschlossen.

Fortsetzung der Genoa-Debatte.

Am 25. Uhr wird die Sitzung eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten von Schöck (D. Vp.) bezieht sich ein Regierungsvertreter, daß der Bericht des „Sondier“ über die Entscheidung eines deutschen Vertreters gegenüber in Badenheim am Rhein durch einen französischen Regierungsvertreter zurückgefallen. Der Täter sei zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auf die durch den deutschen Reichstag gestellten Reichsangelegenheiten der Sinterarbeiten Rede eine Antwort der französischen Regierung nach aus. Angeordnet werde für die Sinterarbeiten aus deutschen Mitteln getarnt werden. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Wolf (D. Vp.) wegen der Forderung des Abgeordneten Wolf (D. Vp.) wegen einer Befreiung von Steuern von der Regierung wird geteilt, daß der Täter zu 7 Jahren Gefängnis, Reparation und Geldstrafe verurteilt worden sei.

Sodann wird die Anfrage über Genoa diskutiert.

Abg. Goeplich (Dn.): Die deutsche Regierung behandelt leider das Reparationsproblem in ähnlicher Weise wie die Genoaer Konferenz, weil sie uns über die Möglichkeiten bei den Pariser Reparationsverhandlungen im Unklaren läßt. Das heißt so aus, als wenn sie nicht den Mut hätten, ihre Absichten vor dem Reichstag zu vertreten. Wir stellen deshalb folgenden Antrag:

Der Reichstag mißbilligt, daß die Reparationsfrage bei den Verhandlungen über die Reparationsfragen in einer Weise verhandelt, die mit den Absichten und dem Zweckmäßigkeit des Reichstages nicht vereinbar

ist. Unter diesen Umständen verleiht der Reichstag der Regierung das nach der Reichsregierung erforderliche Vertrauen. (Beifall.)

Redner weist darauf hin, daß im Gegensatz zu dem Vermittlungsverfahren von Genoa und der französischen Annahmeweisheit in der Zeit deutlich die politische Verfassung beobachtet ist, die auf eine Restrukturierung Frankreichs hinausläuft. Gegenüber hat es bei den Verhandlungen so wohl an der Forderung zu betonen, wie an der Forderung mit den einzelnen Regierungsstellen geteilt. Die Re-

Der Sohn des Millionärs.

Roman von Florence Warden.

Da er erstarrte sie sah der geheimnisvollen Warnung. Aber antwortete dadurch vernachlässigt zu werden, so rasch als möglich der Einfachheit des Charakters zu erweichen, verlangsamte sie ihre Schritte noch mehr. Jetzt, da die scharfe Heiligkeit, die unmittelbar vor dem Dunkelwerden einzutreten pflegt, ein deutliches Erkennen naher Gegenstände gestattete, war ihr ein abermaliges Zusammenstoßen mit dem Expreßer nur erwünscht gewesen, damit sie sich jene Gefährlichkeit unterförmig einprägen konnte. Sie war selbst erstaunt, wie weit sie davon entfernt war, sich zu fürchten; aber sie empfand keine Angst.

Als sie an eine Bank kam, über die ein verwitterter alter Olivenbaum seine spärlichen graugrünen Blätter hielt, ließ sie sich nieder, um sich für einige Augenblicke auszuruhen. Sie hatte sich einen Seidenmantel um die Schultern gelegt; aber es war trotz der vorgedrungenen Stunde dröhnend warm und sie ließ das Tuch etwas anderes bemerke sie — etwas, das ihr einen Aufschrei höchsten Entsetzens erregte.

Das Gesicht, das offenbar nach ihr geschleudert worden war, mußte Verwirrung oder eine andere scharf stehende Säure enthalten haben. Denn der Seidenmantel, auf den sich die Flüssigkeit ergossen hatte, war vollständig verbrannt. Hätte ein glücklicher Zufall es nicht gefügt, daß sie sich gerade im entscheidenden Augenblick gedankt hätte, so daß das Glas auf der Bank zerbrochen, anstatt sie zu treffen. Die Säure hätte sie für die Zeit ihres Lebens entstellen müssen.

Mit einem Blick, der in Grauen erricht schien, sah sie um sich. Aber es war kein menschliches Wesen zu erblicken — nur die Wüste hinter ihr bewegte sich noch, als hätte sich jemand Hilfe durch ihre Zurückgebrung.

20. Kapitel.

Es hatte einer großen Ueberrumpelung und eines beträchtlichen Aufwandes an Geschicklichkeit von Mabels Seite bedurft, um den Freiherrn zu verbinden, Herta zu sich kommen zu lassen und sie wegen dessen zu befragen, was er von Raucourt gehört hatte. Denn so sehr sie wünschte, alles zu wissen, was um sie her vorging, und in alles eingeweiht zu sein: so viel auch war ihr daran gelegen, die andern und namentlich ihren Vater in völliger Unkenntnis der Geheimnisse zu halten.

Sie wußte, daß Johannes Rominger nichts so sehr fürchtete wie einen Skandal in seinem Hause, und daß er jedem sehr nachsichtig zürnte, der die Gefahr eines solchen Skandals heraufbeschwörte. Und sie dachte deshalb daran, daß ihr Vater die Geheimnisse ihrer Stiefschwester einzeln für sich unterwerfen würde. Denn es konnte wohl geschehen, daß durch eine solche Unterredung des Freiherrn mit Herta die Dinge auf die Spitze getrieben würden — und die Folge müßte unfehlbar ein ernsthaftes Zerwürfnis zwischen Johannes Rominger und seiner ältesten Tochter sein.

Sie hätte ihm den Leutnant seines Hauses abgesehen, indem sie ihn in dem Glauben verlegte, er könne sie seinen heftigen Hingen anvertrauen, als den ihren. Und er durfte in diesem Glauben nicht wankend werden, wenn sie nicht fürchten sollte, daß ihr die Herrschaft, die ihr unentbehrlich war, abgenommen würde. Kam er zu der Ueberzeugung, daß sie mit dem Engagement der hübschen Gesellschaftlerin eine Lorbeil begangen, daß sie damit ihre ererbten heftigen Hingen anvertrauen, als den ihren, und er würde nicht zögern, dementsprechend zu handeln.

Es war ihr schwer genug geworden, ihm Andeutungen in bezug auf Herta und Eberhard zu machen, und obwohl sie wußte, daß sie damit nur einer Notwendigkeit gefolgt sei, bereute sie doch, es getan zu haben. Denn sie fürchtete sich gutem Grund, daß das einmal geweckte Mißtrauen den Freiherrn veranlaßt hätte, ein scharfes Augenmerk auf die beiden zu richten, und daß er dabei sehr unersprechliche Beobachtungen gemacht hätte. Wohl war ihr am geliebten Abend, als auch an einer Aussprache mit Herta zu verbinden, und auch an diesem Morgen hatte er keinen Versuch dazu gemacht. Aber er schien von beständiger Unruhe erfüllt, und die Mrs. wie er die Welle

hatte in der Zeit zu sein, hätte Mabel Betorans ein. Als die Komtesse und Eberhard sich entfernt hatten, begleitete Herta Magdalena auf ihr Zimmer. Und der Freiherr benutzte das kleinste mit seiner ältesten Tochter, um sie bezüglich zu fragen und sie zu fragen, was sie für eine wichtige, Mabel, daß sie ihm einen Veranlassung sein Vertrauen nicht verleiht. Und ich kann es nicht länger hinausziehen, sie wegen ihres angeblichen Verlöbnisses zu befragen. Es wäre Grund genug gewesen, die Raucourts Werbung zurückzuweisen; aber sie gab es mir nicht als Grund an, als ich ihr den Vorstoß einer Klage machte — wie sie mir überhaupt jede Begründung ihrer Zurückweisung schuldig blieb.

Nachdem sie das drohende Gesicht eines Herbers eilt am Abend zuvor glücklich vertrieben hatte, fand es Mabel bari, daß es so bald wieder aufstiehe.

Ich halte es nur für eine Sache, die man wohl begreifen finden kann, Papa, sagte sie. Wenigstens empfinden die meisten jungen Mädchen so. Wichtig ist sie nicht wirklich verlobt, aber sieht doch einen anderen Mann, den heiraten zu können sie wünscht hat. Ich glaube beinahe, daß sie damals, als sie ihre kleine Rechte machte, mit diesem Mann zusammenfand. Dann wird man wohl verstehen können, daß sie nicht darüber sprechen mag — obwohl es gewiß nichts Schlimmes ist und auf der anderen Seite Grund genug, die Raucourts Werbung zurückzuweisen.

Es schien nicht, als hätten ihre Worte den Freiherrn überzeugt. Er ärgerte ein wenig, dann sagte er mit beschämtem gedämpfter Stimme, obwohl sie seine Laune zu fürchten hatten:

„Du meinst nicht, daß diese angebliche Verlobung mit Eberhard in irgend einem Zusammenhang steht?“

„Wie kamst du darauf, Papa?“ fragte Frau Hermann bestürzt zurück.

„Du hast doch mich mit derartigen Andeutungen — und ich begreife nicht früher meine bestimmten Vermutungen. Aber es würde mich aufs höchste erzürnen, sollte Eberhard sich wirklich auf eine Liebeslei eingelassen haben — namentlich, wenn diese Liebeslei den Plänen irgendwem hinderlich wäre, die ich hinsichtlich seiner Verheiratung habe.“

(Fortsetzung folgt.)

gierung hat es nicht, daß die Entlohnung nicht noch weiter
angepaßt werden könne. Sie verzögert sich das mit dem
Wohlfahrtsrat in der Frage? Es ist freilich nicht die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.
Die Abstimmung über das Währungsreformgesetz wird auf
Mitwoch nächsten 12 und 1 Uhr zurückgestellt.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Herr Dr. Brüggemann (D) fragt den deutschen Reichspräsidenten
unter Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Reichspräsidenten gegen die Re-
paraturmaßnahmen in der Richtung, wie sie jetzt in der
einzelnen werden. Die Gehaltsfragen sind für uns jetzt
unlösbar. Die Regierung ist bereit, auch jetzt wieder un-
erfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das können
wir als uns fördern der Regierung in dieser Sache an-
schließend mitteilen. Die Regierung hat die Aufgabe, die
Fragen nicht zu verzögern, für richtig und zweckmäßig.

Die Landarbeiterbewegung von 1914 bis 1922.

Von Landwirteinsichtspräsident Gensche.

Darf der aufführende Tätigkeit des Reichslandbundes
ist es gelungen, eine Weisung in die Einzelstaaten des roten
Landarbeiterverbandes zu schlagen und diesen zu zwingen,
den Aufhebungsstreik gegen die wirtschaftsfeindlich-marxisti-
sche Arbeiterbewegung mit aller Energie aufzunehmen.
Gerade die einzelnen Staaten dieses Kampfes lassen nur
zu deutlich erkennen, mit welchen Mitteln der Sozialismus
auf die Landarbeiter eingewirkt hat.
Wie zum Krieg 1914 hatte sich der Landarbeiter nur
sehr wenig mit Politik beschäftigt. Seine Tätigkeit fällt ihm
so vollständig aus, daß er gar keine Zeit dazu hatte, über
das sogenannte Sozialismus nachzudenken, welches der So-
zialismus seinen Anhänger verbringt. Der Landarbeiter
war vor dem Krieg ein kleiner Bauer, dessen Vorkommen
auf isoliertem Gebiet allein dahin gingen, sich und seiner
Familie den Lebensunterhalt zu erwerben und einen Spar-
plan zu durchzuführen, der ihm und seine Angehörigen vor
Not und Elend bewahren sollte. Mit wenigen Ausnahmen
ist ihm dies auch gelungen.
Es kam dem Krieg, in dem Deutschland um seine Existenz
zu kämpfen hatte, Tausende treuegläubiger Landarbeiter
gegen um Kampf um's Leben hinaus und ließen ihr
Leben für's Vaterland. Unter den Weisungen, die zurück-

gegeben, begann man die versäuerter münderechter Arbeiter,
die sich auf Kosten der Landarbeiter ein fortgesetztes Dasein
beschaffen wollten. Sie, die zu jeder oder zu schlecht waren,
sollte ihr Vaterland einzuweisen, verstanden es vorzüglich,
den Landarbeiter in ihr verberühmtes Gatt zu laden und
nach Möglichkeit auszuweisen. Ja, es gelang sogar, eine
Weisung in der Form der Vaterlandskrieges zu fassen,
wos am 8. November 1918 den Zusammenstoß unserer
Monarchie herbeiführte.

Der aus dem Jahre zurückgehende, von langjährigen
stumpf ergriffene Landarbeiter wurde nun sofort mit den
Schlagworten marxistisch und laienhaft gelehrt überführt,
und, ohne es überhaupt nachdenken konnte, war er zum roten
Gewaltigen für gelehrt und seine Substanz auf das
Niveau Industriearbeiters herabgedrückt. Mit künstlich
angelegter Begeisterung folgte er nun den Forderungen des inter-
nationalen Sozialismus, um hierdurch seinen Arbeitgeber
zwingen zu können, überhöhte Gehaltsforderungen zu be-
willigen. Zwei Jahre hindurch dauerte diese „Begeisterung“
in politisch ungeschulten Gehirnen des Landarbeiters, laufende
von Weisen hielten diesen Streiks und roten Ausschreitungen
zum Opfer. Dann aber begann der Landarbeiter sich auf
sich selbst und Hunderttausende freuten sich; zu welchem
Ziele soll uns denn unsere Opposition führen? Und nun
begann es ihnen zu dämmern, daß ihre Weisungen nur
darauf hinausgingen, energielosen Forderungen der Industrie-
arbeiterarbeit den Lebensunterhalt zu bezahlen, denn durch
die Tarifverträge, die der Landarbeiterverband für sie ab-
schloß, war ihre Lage keineswegs gebessert, nein, infolge
dieser unglücklichen Verträge mußten sie sogar ihr Vieh
abspinnen und werden dadurch immer mehr zu unglück-
lichen Weisungen gezwungen. Die Weisungen waren
durch die fortwährende Expropriation ihrer Arbeit-
schaft so vergrößert, daß sie die mit aller Macht zu
brücken suchten, um sie durch Gewaltmaßnahmen wieder zur
Vernunft zu bringen.

Die einzige Weisung über verstanden in ihrer Weisung
den Weisungen der Reichslandbund bezuschellen und es
gelang ihnen, besonders in Preußen und Brandenburg
eine wirtschaftsfeindliche Arbeiterbewegung zu schaffen, durch
die sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter immer völlig zufriede-
gestellt sind.

Die sogenannten „gelben Stiche“ arbeitet nun der
rote Verband mit den verschiedensten Mitteln, Aus-
sperungen, wilden Streiks usw. entgegen, bereit aber
nur durch das Willigen seiner Aktionen, daß er auf
ihnenen sitzen steht und jeden Augenblick zusammen-
brechen droht, weil man noch versöhnungsbereit, daß nur
den Weisungen durch die Weisungen Forderungen zu be-
zugen sucht. Im Willigen hat der Landarbeiterverband
seine Mitglieder zugunsten der Industriearbeiter betrogen.
Aufgabe des Reichslandbundes ist es daher, diese den
Landarbeiter weisungen genaugen Werte mit der Zeit wie-
der einzubringen. Gehalt werden nicht alle Landarbeiter
von der roten Frontzeit gewirkt werden, diese wenigen aber
sind Schädlinge, die unter dem Deckmantel des Sozialismus
ihre Arbeitsscheu verbergen wollen, und gegen diese muß
unter allen Umständen auf energielose Weisungen werden,
sind es doch zum größten Teil gar keine Landarbeiter,
sondern aus den Weisungen der Weisungen Industri-
arbeiter, und zwar solche, die selbst die Industriearbeiter-
schaft als nicht vollwertig aus ihren Reihen gestos hat.
Aufgabe des Reichslandbundes ist es ferner, ohne zu
viel Rücksichtnahme auf den Teil der ländlichen Arbeiter,
der sich aus Feindschaften und Schrecken zusammenschloß,
und die den Verband nur dazu bringen, ihre Weisungen
um ihren verdienten Lohn zu betragen, den Landarbeiter
wieder veranlaßt eines hohen Naturallohnes und damit
gehobener Möglichkeit zur Viehhaltung zu einem kleinen
Bauern zu machen, dazu, was er schon vor dem Kriege in
vielen Gegenden gewohnt. Dann werden wir deutlich unter
den Weisungen die Freiheit gegen die fremden
Bedrücker auszuweisen um das Vaterland von der Schmach
des Verfallers Friedensvertrages zu befreien, auch den
Landarbeiter vollständig finden, und er wird dann wieder
sein, was er früher war, eine starke Stütze des deutschen
Volkstums.

Die Sätze der Zwanzigsatzreihe.

Veratungen im Reichswirtschaftsrat.

Die Hauptfragen, die im Entwurf des Zwanzigsatzre-
gierunges nach einer Regelung bedürfen, insbesondere die
Frage des Zinsfußes, der Freiweiser, des Zinsfuß, der Voraus-
rechnung und der Bewertung der Aktien, Anteilgeheimen
fragen usw., bildeten den Bestandteil der Beratungen des
Zwanzigsatzreihes Ausschusses des Reichswirtschaftsrates.
Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärte da-
zu, daß die Regierung davon ausgehen müsse, die Be-
lastung des staatlichen Haushalts möglichst gering und die
Zinsen für die Zinsen für bis zum 3. April 1930, so wie
zu dem mit dem Eintritt einer normalen Finanzlage ermarte,
niedrig zu halten. Doch längerer Erörterung wurde mit 13
gegen 11 Stimmen ein Zinsfuß von 4 pCt. vom 1. No-

vember 1920 an beschlossen, wie ihn auch die Weisungen
des Reichsrats vorsehen. Auf Antrag eines Vertreters der
kleinen Landgemeinden, des im Arbeitsverweigerung des
Landwirtschafts unterliege, wurde mit 11 gegen 7 Stimmen
beschlossen, den Zinsfuß vom 1. April 1921 auf 2 pCt. zu er-
höhen.

Bei den Beratungen einigte man sich auf eine Zahlung,
die genötigen der allgemeinen Forderung von 10000 M.
und der für Vermögen im Sinne des § 9 des Ver-
mögenssteuergesetzes (Kapitalforderungen, Aktien, bare Geld,
Renten usw.) von einer M. 1.000 M. eine Gr. 1.000 von 300 000
M. für Vermögen im Sinne des § 9 des Vermögenssteu-
ergesetzes einfügt, wenn das Einkommen des Vermögens-
pflichtigen, gleichviel, woher es steht, 30000 M. nicht
übersteigt. Die Befreiung für Vermögen im Sinne des § 9
des Vermögenssteuergesetzes von 100 000 M., wenn das vor-
steigende aus Erträgen dieses Vermögens bestehende Ein-
kommen 50 000 M. nicht übersteigt, wurde ebenfalls von
der Regierungsworte, aber entsprechend dem Beschließen
des Reichsrats, an die Abordnung getupft, daß ihre Eigen-
tümmer über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind.

Einstimmig, bei einer Einkommenszahlung, angenommen
wurde eine Vergrößerung der Vermögenspflicht für kleine
Vermögen, die durch eine Erhöhung der allgemeinen Frei-
grenze aus den oben angegebenen Gründen nicht genügend
berücksichtigt werden konnten, in der Form, daß von den
ersten 100 000 M. des Vermögens nur 1 pCt., von den
nächsten 150 000 M. 2 pCt., vorgezogen werden, wäh-
rend die Vermögenssteuerlage 2 pCt. für die ersten 200 000
M. vorliegt. Diese Weisung entspricht der des
Reichsrats.

Die Vorauszahlung und die für den Unterhalt der
Vorauszahlung gegen die endgültige Vermögenspflicht
gegenstandslos zu lassende Vorauszahlung, wie der Vertreter
des Reichsfinanzministeriums mitteilte, auf dem Boden der
Weisungsbefreiung geregelt werden. Der Vertreter der Ar-
beitgeber und der Abteilung 3 wurden in Abrede, daß
denjenigen künftigen Verhältnisse, die eine Voraus-
zahlung des Vermögensjahres von 31. Dezember 1922
im Oktober erlassen, gegen die Vorauszahlung einer
Zahlung überhaupt geltend gemacht, wenn der Vertreter des Reichs-
finanzministeriums erklärte, daß die Regierung auf ein solches
Zuschußmittel nicht verzichten könne, wenn sie überhaupt
nennenswerte Beiträge noch im Jahre 1922 erheben wolle.
Die Erhebung einer Abgabe wurde daraufhin mit 12 gegen
9 Stimmen gestillt und die entsprechenden Verordnungen
in der Form der Weisungen des Reichsrates angenommen. Man er-
wartet, wurde eine Verlängerung der Zeit für Kapitalanlagen,
die die Ermäßigung der Abgabe um die Hälfte herbei-
zuführen, bis zum 31. März 1923, da der von der Regierung
vorgeschlagene Zeitraum bis zum 31. Januar nicht
genügend, um weiterverbreitenden, die Anlagen anzufassen
sollten, einen genauen Nachweis über ihre Vermögenslage zu
ermöglichen.

Politische Rundschau

Ein Sowjetdampfer in Ost.

Hull, 30. Mai. Der Dampfer „Karl Marx“, der Eigen-
tum der Sowjetregierung sein soll, ist von Petersburg in
Ost mit einer kleinen Besatzung, unter der Flagge der
Sowjetrepublik eingelaufen. Die Mannschaft erklärte, daß
der Dampfer von Marine-Departement in Petroski gelehrt
werde. Der Dampfer hat eine drahtlose Installation und
eine Besatzung von 40 Köpfen. Offiziere, Ingenieure und
Mannschaften tragen die gleiche Kleidung. Die Offiziere er-
halten etwas mehr Bezahlung als die Mannschaften, da
man erklärte, daß an Bord nicht alles gleich sein kann.
Der Schiffszug erhält 60 Millionen Rubel monatlich. Mehrere
Mannschaftsbesitzer zeigten fünfzigmillionen-Rubel-
noten.

Der Prozess gegen die Sozialisten in Ost.

Higa, 20. Mai. Bei der Ankunft der Arbeiter der
Prozess der angeklagten Sozialisten in Ost wurde
eine hohe Kommissar aufgeführt. Auf Dr. Exeodor Kiebnich,
den Bruder des bei der Spartakus-Meute in Berlin er-
schossenen Karl Liebknecht, drangen Sozialisten ein mit
dem Kaiser, „Kain, wo ist dein Bruder Abel?“ Dr. Kie-
bnich mußte vor dieser Begrüßung in den Klaggen zurück-
weichen. Es ist klar, daß man die Teilnahme dieser De-
monstration diese parteilichen Worte eingedrillt hatte. Der
mit Liebknecht gleichzeitig angeklagte belgische Sozialist
Landwerde wurde gleichfalls befragt. Zum Vorbringen
in dem Verhandlungsgegenstand gegen die Sozialisten in Ost
fallverweidende Reden des Exeodor Kiebnich und des
Zinowjew erachtet wurden. Die finanzielle Anlage wird von
den Volkswirtschaftler, Zinowjew und Potomski
vertreten.

Ein sozialistisches Revolutionärforum im Gouverne-
ment Nowgorod hat wiederum zwei Gefährliche und einen
Kaufmann, die des Wiederstandes gegen die Einweisung
der Arbeiterfrage angeklagt waren, zum Tode verurteilt.

Preuß.-Sach. Lotterie.

Gewinne sind noch abzugeben. Den hiesigen
Expeditoren, welche die Erneuerung veranlassen, sind ihre
Nummern nach Möglichkeit noch abzugeben; Er-
neuerung ist aber nun fast überall erfolgt.
Kofe zur neuen Lotterie noch zu haben.

Glückliche Lotterien-Einnahme, Saldenheft. 25

Reiseparkasse Merseburg

unter Haltung und Sicherheit des Kreises Merseburg.
Fennstr. 540, — Postcheckkonto Leipzig 8806,
Reichsbankgirokonto Halle. — Sparkassenzentrale
Merseburg.
Verbindung mit allen Bankinstituten am Platze.
Kassenzettel 8—1/2 Uhr.

Spareinlagen-Annahme und Rückzahlung in
jedem Höhe von Vergütung von Tageszinsen
Bargeldloser völlig zeitgenössischer Lieberweisungs-
verkehr.
An- und Verkauf, Verwahrung und Ver-
waltung von Wertpapieren.
Einzahlung billiger Zinsscheine.
Annahmestelle für die Reichsanleihe.
Anleihe von Hypotheken und Darlehen in
Rahmen der Mündelsicherheit.

20 Annahmestellen im Kreise
u. im Leuna-Werke, Frau 26a, Zimmer No. 47

Reisegewinn kommt dem Kreise zu gute und
hilft Kreisrenten tragen.
Zahlweise zur die Kreisrentenstelle.
Beratungsstelle in allen Geldangelegenheiten.

Wohlb
ist
mit
Risiko
für den
Geldbesitzer?

Wenn es zum Kuchenbacken statt des echten
Dr. Oetker's Backpulvers „Backin“ ein minder-
wertiges Backpulver verwendet.

Wenn es sich, um etwas zu sparen, der Gefahr
aussetzt, einen mürhen Kuchen zu erhalten
u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.

Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver
das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an
verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Back-
pulver ist selbstgeschmeckt — noch wichtiger!

Mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ ist jede
Menge gut backend, denn damit gelingt der
Kuchen immer.

Ebenso empfehlenswert
sind bekanntlich
Dr. Oetker's
Puddingpulver,
Dr. Oetker's
Vanillinzucker.

Dr. Oetker's
Backpulver „Backin“
Dr. Oetker's
Puddingpulver
Dr. Oetker's
Vanillinzucker

Der tüchtige Geschäftsmann
braucht zu Hebung seines Geschäftes
wirkungstolle
Drucksachen
wie Briefbogen, Briefumschläge,
Rechnungen, Quittungstformulare usw.
Dieselben erhält er
preiswert und in geschmackvoller Ausführung
in der
Merseburger Druck- und Verlags-Anstalt
(L. Baltz.)
Hallerstraße 4. Fernruf 100.

Landwirte und Rittergüter
welche gewonnen sind, Gemüts anzuhaben,
wollen sich bitte mit uns in Verbindung setzen.
Konervenfabrik Kay & Coert
Leipzig-Schönefeld

Paulsen
Korn- u. Getreide
Handlung
G. Demme,
Rumfordstr. 33.